

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39  
Telefax: 898 848 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast  
MdB zum Stand der Beratungen  
über ein großes Streit-  
thema der letzten Jahre:  
Koalition will Ausländerge-  
setz heimlich abhaken.

Seite 1

Dieter Schanz MdB zur Be-  
drohung des südostasiati-  
schen Staates durch die  
Khmer Rouge: Kambodscha  
helfen!

Seite 4

### Dokumentation

Oskar Lafontaine hat auf  
dem kleinen Parteitag am  
27. März in Hannover die  
Grundzüge sozialdemokrati-  
scher Politik für die nächsten  
Jahre vorgestellt. Wir doku-  
mentieren daraus seine Aus-  
sagen zur Deutschlandpolitik  
in zwei Teilen: Die Linken  
und die Einheit. (Teil II  
und Schluß)

Seite 5

45. Jahrgang / 62

29. März 1990

### Koalition will Ausländergesetz heimlich abhaken

Zum Stand der Beratungen über ein großes Streitthema der letzten Jahre

Von Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast MdB

Von der breiten Öffentlichkeit und den Medien wenig beachtet, soll nach dem Willen der Bonner Koalition ein großes Streitthema der letzten Jahre schnell und klammheimlich abgehakt werden: das neue Ausländergesetz. Zwar laufen die unmittelbar Betroffenen, also die Ausländer und ihre Organisationen, gegen den Entwurf des Innenministers Sturm. Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Kirchen und deutsch-ausländische Arbeitsgruppen laden zu Kursen und Podiumsdiskussionen, manche tragen den Protest auf die Straße. Aber an der Mehrheit der Bevölkerung geht das ohne nennenswerte Aufregung vorbei: die Vorherrschaft des deutsch-deutschen Einigungsprozesses macht's möglich.

CDU/CSU und FDP setzen alles daran, den Entwurf über die parlamentarischen Hürden zu hetzen. Ende April soll die 2. und 3. Lesung im Bundestag stattfinden. Wenn dann das geplante Gesetz am 11. Mai den Bundesrat passiert, wäre das gerade noch rechtzeitig vor der Landtagswahl in Niedersachsen, deren Ausgang die Bonner Koalition um die Mehrheit in der Länderkammer bringen kann.

Die SPD hat das Eiltempo scharf kritisiert und als durchsichtiges Manöver angeprangert. Sie hat erreicht, daß das überstürzt ange-setzte Sachverständigen-Hearing wenigstens noch verschoben wurde, um Experten und Organisationen etwas mehr Zeit für die Analyse der komplizierten Vorlagen zu verschaffen. SPD und Grüne haben auf intensive Beratung gedrängt. Aber die Opposition wird aller Voraussicht nach die Verabschiedung im Plenum des Bundestages nicht verhindern können. Die Hoffnung ruht auf dem Bundesrat und dessen Möglichkeiten.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressenhaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemfächer Zeitung  
mit erhöhter Rohstoff  
Recycling-Papier



Dabei hat die Anhörung der Sachverständigen dem Regierungsentwurf ein verheerendes Zeugnis ausgestellt. Selbst von der Union aufgebotene Fachleute hielten mit Kritik nicht hinter dem Berg. Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften, Juristen und Kirchenvertreter waren sich einig: das geplante Gesetz fällt in wichtigen Fragen in seiner restriktiven Grundhaltung sogar noch hinter die geltende Rechtspraxis zurück. Zwar wirkt der Entwurf glatter und verbindlicher als jenes von Deutschtümelai, Kulturpessimismus und streckenweise unverblümter Fremdenfeindlichkeit geprägte Arbeitspapier aus dem Haus des früheren Innenministers Zimmermann, das im Frühjahr 1988 vielen Lesern eine Gänsehaut verursachte. Geblieben ist aber der Grundton von Abwehr und Reglementierung. Das neue Gesetz schottet ab, statt zu öffnen. Es bevormundet, wo es Freiräume schaffen sollte. Es baut Hürden auf, wo Sicherheit und Klarheit für Betroffene und Behörden nötig wären. Es atmet Mißtrauen, wo Liberalität und Weltoffenheit gefordert sind.

Von einem „Riesenarsenal an Ermächtigungen“ reden die Experten, von „unbegründeter Abwehralaltung“, von „einseitiger Hervorhebung der deutschen Interessen“, dem Ausländer ausgeliefert würden. „Der Entwurf“, so folgert etwa der DGB, „wird noch nicht einmal seinen selbstgesteckten Zielen gerecht“. Just in einer Zeit, die alte Grenzen auflöst, nationale Trennlinien überwindet und geradezu überwältigende Prozesse der Annäherung entfesselt, stellt Innenminister Schäuble die Signale in eine ganz andere Richtung: er weitet Ermessensspielräume zu Lasten der Ausländer aus. Er läßt den Aufenthalt zwecks Arbeitsaufnahme befristet zu - das ist nichts anderes als der Einstieg ins Rotationsprinzip. Ausländer können so zur Manövriermasse zwecks Lückenfüllung auf dem Arbeitsmarkt werden - ein unerträgliches Verfahren.

Den Nachzug von Familienmitgliedern habe man nunmehr großzügig geregeit, prahlt die Bundesregierung. Doch stellt sie Bedingungen, die die vermeintliche Liberalisierung zunichte machen können. So sollen Ausländer „ausreichenden Wohnraum“ nachweisen. Zwar haben CDU/CSU und FDP sich nach massiver Kritik aus Kirchen und Verbänden dazu bequemt, Kinder unter zwei Jahren bei der jeweiligen Berechnung nicht „mitzuzählen“, doch das ändert im Prinzip wenig. Die Chancen von Ausländern bei der Wohnungssuche tendieren gegen Null. Ausländische Familien werden so zu Leidtragenden wohnungsbaupolitischer Kardinalfehler der Bundesregierung, und das Gesetz funktioniert als Mittel zur Ausgrenzung. Das ist schlichtweg inhuman.

Mißtrauen stand bei den Bedingungen für politische Aktivitäten von Ausländern Pate. Auch hier gibt es willkürliche, eng auslegbare Einschränkungen, unwürdig einer selbstbewußten Demokratie. Auch die Mitwirkung des oft scheinbar beherzt auftretenden Burkhard Hirsch hat bei den Beratungen im Koalitionslager dieser Passage im Gesetz die Zähne nicht gezogen. Begründung der Koalitionäre: Wir wollen nicht, daß extremistische Ausländerorganisationen ihre Bürgerkriege auf deutschem Boden austragen. Wahrhaftig, der Beifall der Stammtische ist ihnen gewiß.

Ein ausländerrechtlich bewandeter Anwalt meinte zu dem Gesetzentwurf: „Das absolutistische Verständnis vom Menschen als Untertan felert mit dem Segen der Liberalen fröhlich Urständ.“ Leider hat er Recht.

Die SPD sagt seit langem: wir brauchen ein Ausländergesetz. Mehr als 60 Prozent aller Ausländer leben schon über ein Jahrzehnt in der Bundesrepublik. Über 70 Prozent ausländischer Jugendlicher wurde hier geboren. Sie alle haben einen Anspruch auf langfristige und sichere Lebensplanung. Deshalb haben Sozialdemokraten einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt. Die SPD will Schluß machen mit einer Praxis, die die Rechte und Belange von Ausländern nach polizeirechtlichem Ordnungsdenken regelt. Sie fordert deshalb

- ein klar gegliedertes Aufenthaltsrecht, das sich stufenweise verfestigt,
- ein Niederlassungsrecht nach acht Jahren, das Ausländern alle Rechte und Pflichten von Bundesbürgern außer denen einräumt, die an die deutsche Staatsbürgerschaft geknüpft sind,
- ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für nachgezogene Ehegatten,
- eine Wiederkehrproption nach längerer Abwesenheit,
- einen verbesserten Schutz vor Ausweisung.

Politische Betätigung von Ausländern soll sich nach dem auch für Deutsche geltenden Versammlungs-, Vereins- und Strafrecht richten.

Wir halten am Anwerbestop für Zuwanderer aus Staaten außerhalb der EG fest. Bei denen aber, die zwecks Arbeitsaufnahme kommen wollen, soll das möglich sein, wenn die Bundesanstalt für Arbeit es befürwortet und der Arbeitgeber Wohnraum zur Verfügung stellt. Wir nehmen also diejenigen in die Pflicht, die ein Interesse an der Beschäftigung der Ausländer haben. Verhindern wollen wir, daß noch einmal wie in den 60er Jahren Menschen unkoordiniert herbeigeht werden, ohne daß für die sozialen und menschlichen Folgen Fürsorge getroffen wird. Aber in einer Phase der Bewegungen weit über die alten Grenzen hinweg können wir im Ernst nicht festschreiben, daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland sei. Solange es wirtschaftliches Gefälle auf dieser Welt gibt, wird sich der Zustrom von Menschen nicht per Verordnung, also gleichsam mit Knopfdruck, stoppen lassen. In jüngster Zeit rutschen Ausländer auf der Skala gesellschaftlicher Anerkennung und menschlicher Zuwendung sowieso noch weiter ab. Umso dringlicher wäre es, gegen diese Stimmungslage Dämme aufzurichten. Die Politik stellt sich ein Armutszeugnis aus, wenn sie diese Aufgabe auf Kirchen und Wohlfahrtsverbände abwälzt.

(-/29.3.1990/vo-ha/st)

**Kambodscha helfen!**

Zur Bedrohung des südostasiatischen Staates durch die Khmer Rouge

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Immer noch leidet die Bevölkerung Kambodschas unter dem Bürgerkrieg. Die Regierung ist voll und ganz mit den Machtkämpfen der drei rivalisierenden Gruppen befaßt. Hier werden wichtige Kräfte zur Einleitung einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gebunden.

Kambodscha, das bereits soviel Leid ertragen mußte, darf nicht der Gefahr ausgesetzt werden, unter einem Regime Pol Pots neues Elend zu erfahren. Erneut werden die alten mörderischen Methoden im Kampf gegen die amtierende Regierung eingesetzt; dies läßt die Möglichkeit einer Machtergreifung durch Khmer Rouge und Pol Pot zu einem realen Schreckgespenst werden.

Sehr zu kritisieren ist die Haltung Pekings, das die Khmer Rouge aufrüstet, um sich möglicherweise, in Anbetracht des allgemeinen Wandels im kommunistischen Lager, in dem China aufgrund seiner unflexiblen Haltung eine gewisse Isolation erfährt, einen Verbündeten zu erhalten. In dieses politische Kalkül passen auch die chinesischen Bemühungen um den Prinzen Sihanouk, der in seiner Bündnispolitik keine klare Linie vertritt.

Bedenkt man die Leiden des kambodschanischen Volkes und die derzeit unmöglich erscheinende Einigung der rivalisierenden Machtgruppen, dann ist es um so bedauerlicher, daß im Rahmen der UN-Konferenzen zur Kambodscha-Frage keine Lösung erreicht werden konnte.

Nichtsdestotrotz gilt es, sich weiterhin für eine Friedenslösung in Kambodscha einzusetzen; hier ist die Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft gefordert. In diese Richtung zielt auch der Appell des Ministerpräsidenten Hun Sen, der in der vergangenen Woche die Welt erstmals um Unterstützung gebeten hat.

Nach Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha ist die westliche Welt verpflichtet, zu helfen. Diese Hilfe kann angesichts der jüngsten Entwicklungen zwischen Ost und West nicht von Ideologien abhängig gemacht werden. Im Rahmen der internationalen Solidarität für Kambodscha sollte Europa und damit auch die Bundesrepublik eine starke Position einnehmen.

Ich möchte an dieser Stelle Bundesminister Warnke beim Wort nehmen, der gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen“ (17. März 1990) erklärte, daß sich aus der neuen weltpolitischen Lage für die deutsche Entwicklungshilfe ergebe, daß auch Kambodscha bedacht werde. Diese Aussage ist nunmehr in Realität umzusetzen.

(-/29.3.1990/st/ks)

\* \* \*

**DOKUMENTATION**  
=====

**Die Linken und die Einheit (Teil II und Schluß)**  
-----

Oskar Lafontaine entwickelte auf dem kleinen Parteitag am 27. März in Hannover, wo er vom Parteirat einstimmig als Kanzlerkandidat nominiert wurde, die Grundzüge sozialdemokratischer Politik für die nächsten Jahre. Wir dokumentieren daraus seine Aussagen zur Deutschlandpolitik in zwei Teilen.

Ein Beweis für diese geistige Verwirrung ist, daß die CSU sich riesig über „ihren“ Sieg in der DDR freute, bei der die DSU 6,3 Prozent bekommen hatte, und dabei vergaß oder übersah, daß sie im eigenen Land einen Verlust von 7,3 Prozent erfahren hatte. Es kann uns nur amüsieren, wenn dieser Prozeß der geistigen Verwirrung weitergeht. Wir bleiben dabei: Soziale Gerechtigkeit wird für die Bevölkerung der Bundesrepublik und der DDR zu definieren sein und im europäischen Einigungsprozeß auch über diese Grenzen hinaus, ebenso wie die ökologische Erneuerung für die Wirtschaft der Bundesrepublik und der DDR zu planen ist, und im europäischen Einigungsprozeß über diese Grenzen hinaus gestaltet werden muß.

Es ist an dieser Stelle daran zu erinnern, daß die DDR von allen RGW-Staaten das höchste Sozialprodukt hat (1988 = 268,4 Milliarden Mark und in 1989 auf dem 11. Platz der Welt), wobei das Sozialprodukt der DDR höher ist als das Portugals oder Griechenlands.

Wie sich in der Sicherheitspolitik durchgesetzt hat, daß das Begehren der Unbelehrbaren, die NATO-Truppen bis zur Oder-Neiße-Grenze vorzuziehen, keine Chance hat, so hat sich in der Politik in der Aus- und Übersiedlerfrage unsere Auffassung durchgesetzt. Wir haben stets die soziale Gerechtigkeit eingefordert, was bis zum heutigen Tage auf der Rechten noch nicht begriffen worden ist.

Wer soziale Gerechtigkeit in der DDR und in der Bundesrepublik will, der kann nicht die Leistungsträger aus der DDR dafür belohnen, daß sie in die Bundesrepublik kommen. Er muß dafür Sorge tragen, daß die Leistungsträger in der DDR bleiben. Und daher war es richtig, von Anfang an zu fordern, die Milliardenbeträge nicht hier zur Unterstützung der Aus- und Übersiedler, sondern in der DDR einzusetzen, um dort den Wiederaufbau zu unterstützen und die sozialen Sicherungssysteme zu finanzieren. Da in der Koalition sich dieser Gedanke nicht durchgesetzt hat, sind Milliarden verplempert worden, die besser rechtzeitig zum Aufbau in der DDR eingesetzt worden wären. Zu spät gehen sie auf unseren Kurs. Wie gefordert wird die Bundesregierung jetzt die Notaufnahme abschaffen, das Vertriebenengesetz auch im Hinblick auf die Aussiedler ändern, die arbeitslosen Übersiedler gleichstellen mit den hiesigen Arbeitslosen, den Lastenausgleich nicht mehr in der alten Form weiterführen und das Fremdrehtengesetz auslaufen lassen.

Wichtig für den Prozeß der deutschen Einigung ist die Herstellung einer sozial abgesicherten Wirtschafts- und Währungsunion. Doch kann ich nur davor warnen, dies im Galopp zu vollziehen. Damit die Chancen einer Währungsunion richtig genutzt und bruchartig Umwälzungen vermieden werden, muß die Währungsunion sorgfältig vorbereitet und durchgeführt sowie in die Wirtschafts- und Sozialpolitik wirksam eingebettet werden.

Es geht ja nicht nur um die Einführung der DM in der DDR, es geht zugleich um die Freizügigkeit des Handels, es geht um eine Neuordnung des Geld- und Kapitalverkehrs.

Wir haben bei der Einführung einer Währungsunion mit einer Vielzahl ineinandergreifender Probleme zu tun. Eine überstürzte Ausdehnung des DM-Währungsgebietes auf die DDR wäre der falsche Weg, um die Produktivität der Wirtschaft und die Lebensverhältnisse dort schnell und spürbar zu verbessern. Auf diese Weise werden wir mit der Vielzahl der technischen und organisatorischen Probleme nicht fertig.

Es gilt, in wohlüberlegten Schritten ein leistungsfähiges Kreditsystem in der DDR aufzubauen. Es gilt, neue Wege der Unternehmensfinanzierung in der DDR zu entwickeln, denn nach Einführung einer Währungsunion würde das alte Modell der Zuweisung von Finanzmitteln wegfallen. Es gilt, für den Fall Vorkehrungen zu treffen, daß mit der Einführung der DM und der Beseitigung aller Handelsbeschränkungen die DDR-Unternehmen schlagartig dem internationalen Konkurrenzdruck ausgesetzt wären.

Insgesamt zeigen allein schon diese Probleme, in welcher Weise die Wirtschaft, die Arbeitnehmer und die Gesellschaft der DDR unter Anpassungsdruck geraten. Zwar liegt darin auch eine Chance, daß durch den Druck der Zwang zur Neuordnung erhöht und noch vorhandener Widerstand gegen eine grundlegende Wirtschaftsreform überwunden wird. Die DDR-Wirtschaft kann sich einen sozialen Flankenschutz dieses Prozesses unter den derzeitigen Bedingungen jedoch nicht leisten. Daher werden Transferzahlungen der Bundesrepublik zum Ausgleich der ansteigenden Sozialleistungen der DDR und des zugleich stattfindenden Kaufkraftabflusses in der DDR notwendig. Ohne entsprechende Zahlungen würde die Währungsunion in der DDR zu sozialen Spannungen führen, die die Abwanderungstendenzen noch weiter verstärken und damit letztendlich die Bundesrepublik gleichfalls belasten würden. Die Bundesregierung muß jetzt die Kosten der Einigung auf den Tisch legen. Sie muß ihre Steuersenkungsversprechen zurücknehmen. Nicht 25 Milliarden für die Unternehmen, sondern 25 Milliarden für die Schwestern und Brüder in der DDR ist die Parole. Wir werden nicht zulassen, daß die Malocher Kohls Versprechungen bezahlen.

Ich warne davor zu glauben, man könne die anstehenden Finanzierungsprobleme gleichsam durch einen haushalts- oder finanzpolitischen Federstrich aus der Welt schaffen. Rüdiger Pohl, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommt in einer Studie zu folgendem Schluß: „Würde die Arbeitslosenquote in der DDR auf 15 Prozent steigen und für jeden Arbeitslosen eine Unterstützung von 1.000 DM angesetzt und würden gleichzeitig die Renten um 500 DM angehoben werden, ergäben sich allein dadurch Kosten in Höhe von 30 Milliarden DM. Setzt man für Infrastrukturhilfe 20 Milliarden DM an, steigt die Summe bereits auf 50 Milliarden DM, ein Betrag, der Steuererhöhungen unvermeidlich machen würde. Dabei sind noch nicht einmal mögliche Belastungen des Bundeshaushaltes angesetzt, die aus der Inanspruchnahme von Bürgschaften oder durch Übernahme von Drittlandverpflichtungen der DDR entstehen könnten.“

(-/29.3.1990/st/ks)

\* \* \*